

## Nizza Forever!

EU-Eliten auf der Suche nach einem neuen Volk

Jochen Franzke

Die Ablehnung des Lissabonner Vertrages durch die Mehrheit der Iren bestätigt erneut, dass die Krise zwischen dem Souverän und der politischen EU-Elite nicht beendet ist. Unter dem Zwang, einen für nunmehr 27 Mitgliedsstaaten akzeptablen Kompromiss zu erzielen, ist der sogenannte EU-Reformvertrag zu einem unlesbaren Monstrum verkommen. Möglicherweise können diesen einige speziell geschulte Juristen verstehen, aber sicher nicht die Unions-Wahlbürger.

Das hat aber auch sein Gutes. Dieser Vertrag spiegelt ziemlich unverblümt das bürokratisch-technokratische Europaverständnis einer der gesellschaftlichen Realität entrückten politischen Elite wider, die sich im europäischen System der organisierten Unverantwortlichkeit gemütlich und gut alimentiert eingerichtet hat. Den irischen Wählern ist also zu danken, dass sie für einen kurzen Augenblick ein klares Licht auf diese unerträglichen Verhältnisse geworfen haben.

Bezeichnend für die Fehlwahrnehmung europäischer Realitäten war allerdings auch die Reaktion vieler europäischer Politiker auf die irische Entscheidung. Mit einer Großmachtattitüde à la Exbundeskanzler Gerhard Schröder wurde auf die Iren eingepöbeln und in aller Öffentlichkeit darüber nachgedacht, wie diese zu bestrafen seien. Dies ist sicher kein Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft. Diese ist ohne Irland genauso wenig denkbar wie ohne Deutschland.

Ähnlich verhält es sich mit der Kerneuropaidee, die unverdrossen von einigen Politikern wie Joseph Fischer wieder auf die Agenda gesetzt wurde. Offenbar haben diese Politiker das Votum der Franzosen und der Niederländer gegen den Verfassungsvertrag vom Mai 2005 schon verdrängt. Auch ein Rückzug nach Kerneuropa löst das Problem der Entfremdung zwischen den Eurokraten und dem europäischen Wahlvolk nicht. Zu einem ernst zu nehmenden Mitspieler in der internationalen Politik des 21. Jahrhundert wird Europa so allerdings auch nicht.

Schließlich wurden Referenden als Quelle allen Übels entdeckt. Hier kann man – frei nach Bertolt Brecht – den europäischen Regierenden nur raten, sich ein neues Volk zu suchen. Europa krankt sicher nicht an den Folgen demokratischer Entscheidungen

seiner Bürger, sondern am Unvermögen seiner Elite, den Unionsbürgern ein zustimmungsfähiges europäisches Projekt zu präsentieren, das deren Anliegen zum zentralen Bezugspunkt hat.

Dabei gehört zu den Anomalien europäischer Politik, dass nur einige privilegierte Völker direkt abstimmen können, andere nicht. Dies muss dringend verändert werden. Aber nicht durch die Abschaffung der direkten Demokratie, sondern durch deren Ausweitung. Die Initiative von Jürgen Habermas weist dabei in die richtige Richtung.

Ungeachtet aller Turbulenzen hat die EU ihre Zukunft noch vor sich. Eine Ablehnung des Lissabonner Vertrages durch die Iren ist eben nicht gleichzusetzen mit deren Ablehnung des europäischen Projekts. Auch die Iren sind mehrheitlich proeuropäisch, wie das jüngste Eurobarometer belegt. Allerdings müssen bessere Wege gefunden werden, den Frieden auf unserem Kontinent zu erhalten, dessen demokratische Strukturen zu stärken und dessen Wohlfahrt zu mehren als die Methode Monet, mit der sich Europa seit Jahrzehnten durchwurstelt und die sich überlebt hat. Und das bald!

Mittlerweile ist zweierlei klar: Ohne Irlands Ratifizierung wird der Lissabon-Vertrag nicht in Kraft treten. Eine Neuverhandlung des Vertrages wird es aber ebenso wenig geben. Gesucht wird also ein realpolitisches Szenario für die Lösung der akuten Krise.

Eigentlich gibt es sogar zwei: Nach einem ersten Szenario wird der Ratifizierungsprozess unbeirrt fortgesetzt, 16 EU-Staaten haben bereits ratifiziert, Großbritannien hat nach dem Nein der Iren diesen Schritt ebenfalls demonstrativ getan. Schwierigkeiten sind wohl nur in Tschechien zu erwarten. Höchstwahrscheinlich wird die EU Irland Zugeständnisse machen und Garantien geben, auf deren Grundlage die Iren in einer zweiten Volksabstimmung dem Vertrag zustimmen werden. Dieses Verfahren ist ja nicht neu. Dann kann der Vertrag, wenn auch verspätet, in Kraft treten. Wahrscheinlich führt kein Weg an diesem unbefriedigenden Szenario vorbei.

Als Alternative, wenn das Ganze scheitert, bliebe der Nizza-Vertrag die Grundlage der europäischen Integration. Auch das wäre keine Katastrophe.

In jedem Falle sollte Europa künftig bessere Wege finden, bei der Weiterentwicklung seiner Verfasstheit auch seine Bürger mitzunehmen. Die Bürger dürfen diese Zukunftsaufgabe nicht erneut den Eliten überlassen.



Prof. Dr. Jochen Franke,  
geb. 1954, Stv. Chef-  
redakteur WeltTrends,  
Universität Potsdam.  
j.franzke@welttrends.de